

Sagasser / Bula
Umwandlungen

Umwandlungen

Verschmelzung – Spaltung Formwechsel – Vermögensübertragung

Zivilrecht, Handelsrecht, Arbeitsrecht,
Kartellrecht, Steuerrecht

– mit Vertragsmustern –

Herausgegeben und bearbeitet von

Dr. Bernd Sagasser

Rechtsanwalt und Steuerberater
in Düsseldorf/Paris

Thomas Bula

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
in Düsseldorf

Bearbeitet von

Stephan Abele, Rechtsanwalt und Steuerberater in München

Claudia Bultmann, Rechtsanwältin in Duisburg

Barbara Clasen, Master in European Business, Rechtsanwältin in Düsseldorf/Paris

Margarete Gulkès, Rechtsanwältin und Maître de Conférences in Paris

Dr. Johanna Kübler, Rechtsanwältin in Frankfurt

Sabine Leuschner, Rechtsanwältin, Steuerberaterin, Avocat à la Cour in München/Paris

Dr. Antje Luke, Rechtsanwältin, Avocat à la Cour in Paris

Dr. Theo Luy, Notar in Stuttgart

Benjamin Rapp, Dipl.-Kaufmann, Steuerberater in Frankfurt

Julia Sagasser, Rechtsanwältin in Frankfurt

Dr. Julia Schlösser, Dipl.-Kauffrau, Steuerberaterin, Avocat in Paris

Dr. Monika Schmidt, Rechtsanwältin in Hamburg

Kai Schöneberger, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Duisburg

Alexander Thees, Wirtschaftsprüfer, CPA (inactive), Steuerberater und ö. b. u. v. Sachverständiger für Unternehmensbewertung in Düsseldorf

6., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2024



Zitiervorschlag:
Sagasser/Bula Umwandlungen/Bearbeiter § 2 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 76921 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die 6. Auflage des Umwandlungshandbuches steht ganz im Zeichen der Mobilität von Unternehmen in der Europäischen Union. Insofern waren Autoren und Herausgeber mit der Herausforderung konfrontiert, das ursprünglich als Beschreibung nationaler Umwandlungen konzipierte Buch um weitere grenzüberschreitenden Möglichkeiten der Umwandlung zu bereichern.

Während die Regelungen des deutschen Steuerrechts diese Entwicklung bereits antizipierten, musste das Autoren-Team lange auf den Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten zur Umsetzung der Mobilitätsrichtlinie warten. Zwar lieferten die Mobilitätsrichtlinie und die Entwürfe des deutschen Gesetzgebers Orientierungen für eine Beschreibung der künftigen Regelungen zu grenzüberschreitenden Umwandlungen. Erst ab Februar 2023 konnten die Autoren aber eine bestehende Gesetzeslage darstellen. Auch andere Rechtsbereiche waren im Fluss: Vor allem die seit langer Zeit vorbereitete Reform des Rechts der Personengesellschaften in Deutschland führte zu zahlreichen Änderungen des Umwandlungsrechts, die zum 1. Januar 2024 in Kraft treten werden. Schließlich legte das BMF noch während der letzten Durchsicht der druckreifen Auflage einen Entwurf zu einem überarbeiteten Umwandlungssteuer-Erlass vor. Dieser konnte nur noch punktuell durch Verweisungen berücksichtigt werden.

Mit der Umsetzung der Mobilitätsrichtlinie dürfte aber jedenfalls ein für die nächsten Jahre geltender Rechtsrahmen für die Beschreibung der Materie aus deutscher Sicht gesetzt sein.

Die Herausgeber freuen sich, mit Herrn Notar Dr. Theo Luy einen äußerst kompetenten Autor für die Betreuung der Formulare gefunden zu haben. Während sich das Autoren-Team hinsichtlich des Kartellrechts veränderte – Rechtsanwältin Julia Sagasser, LL.M. und Rechtsanwältin Dr. Johanna Kübler folgten Rechtsanwalt Philipp Werner, LL.M. – lag die Erweiterung des Werkes um grenzüberschreitende Sachverhalte meist bei den Autoren, die bereits die nationalen Teile betreuten bzw. in der Vor-Auflage die Folgen einer grenzüberschreitenden Umwandlung ohne Rechtsrahmen erläuterten und damals den Ausblick auf der Grundlage der Rechtsprechung des EuGHs vorstellten. Neu ist auch das Kapitel über die Möglichkeiten der Umwandlung im Investmentrecht der hierfür zum Team gestoßenen Rechtsanwältin und Steuerberaterin Sabine Leuschner. Ihnen gilt ein besonderer Dank, da der Bearbeitungsaufwand doch recht erheblich war. Redaktionelle Unterstützung leisteten Oskar Wernitz, Ann-Marie Schrader und Ida Pospischil, denen insbesondere die Herausgeber zu Dank verpflichtet sind. Schließlich war es wie immer beruhigend, dass Frau Juliane Schmalfuß und ihr Team im Lektorat des Verlages mit Anregungen und Geduld das Werk betreuten.

Die Herausgeber

Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Literaturverzeichnis	XLIX

1. Teil. Einführung

§ 1. Entstehungsgeschichte	1
----------------------------------	---

2. Teil. Grundzüge des Umwandlungsrechts

§ 2. Anwendungsbereich des UmwG und UmwStG	7
I. Sachlicher Anwendungsbereich	7
1. Umwandlungsgesetz	7
a) Umwandlungsrecht und Europäische Rechtsvereinheitlichung ...	7
b) Arten der Umwandlung	8
c) Aufbau des Umwandlungsgesetzes	11
d) Beteiligte Rechtsträger	12
2. Umwandlungssteuergesetz	21
a) Steuerrechtsspezifische Systematik	21
b) Anwendungsbereich des UmwStG	22
II. Territorialer Anwendungsbereich	32
1. Umwandlungsgesetz und grenzüberschreitende Sachverhalte	32
a) Rechtsentwicklung	32
b) Gesetzlich geregelte Fälle grenzüberschreitender Umwandlungen	35
c) Erweiterung der Anwendung des UmwG aufgrund der	
Rechtsprechung des EuGH	38
d) Umwandlungsmöglichkeiten außerhalb dieses Gesetzes- bzw.	
Rechtsprechungsrahmens	43
e) Grenzüberschreitende Umwandlungen unter Beteiligung von	
natürlichen Personen	45
2. Bedeutung des zwingenden ausländischen Rechts	46
3. Umwandlungssteuergesetz und grenzüberschreitende Sachverhalte ..	47
a) Rechtsentwicklung	47
b) Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechsel von	
Körperschaften	49
c) Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechsel auf bzw. in	
Personengesellschaften	50
d) Verschmelzungen, Ausgliederungen, Aufspaltungen, Abspaltungen	
und Formwechsel sowie Einbringungen im Wege der	
Einzelrechtsnachfolge auf bzw. in Kapitalgesellschaften oder	
Genossenschaften oder Option zur Körperschaftsbesteuerung	50
e) Anteilstausch	51
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	52
1. Einführung des UmwG und UmwStG im Jahre 1995	52
2. Zeitliche Anwendbarkeit und Übergangsbestimmungen	52

§ 3. Ziele des Umwandlungsrechts	54
I. Ordnungspolitische Zielsetzung	54
II. Schutz der Anteilseigner	57
1. Entscheidungszuständigkeit der Anteilseigner	57
2. Umtauschverhältnis und Ausscheiden gegen Barabfindung	60
3. Informationsrechte der Anteilsinhaber	61
4. Rechtsschutz der Anteilseigner	63
a) Klagen gegen Umwandlungsbeschlüsse	65
b) Registersperre und Freigabeverfahren	66
c) Spruchverfahren	68
5. Schadensersatzanspruch gegen Organe und Anteilsinhaber	72
6. Das Konkurrenzverhältnis zwischen UmwG und WpÜG	74
III. Gläubigerschutz	75
1. Schutzzinstrumente	75
2. Sicherheitsleistung	75
3. Schadensersatzanspruch gegen Organe	77
IV. Schutz der Arbeitnehmerinteressen	78
§ 4. Ziele des Umwandlungssteuerrechts	79
I. Steuerneutralität der Unternehmensrestrukturierung	79
II. Steuerneutralität der Verschmelzung und der Spaltung	80
III. Steuerneutralität des Formwechsels	81
IV. Missbrauch durch Umwandlung?	82
1. Innerstaatliche Umwandlung und Missbrauchsfälle	82
2. Missbrauchsfälle im europäischen Kontext	84
a) Rechtsprechung des EuGH zu Missbrauchsfällen	84
b) Vorab-Kontrolle durch Finanzbehörden	85
c) Meldepflicht der Umwandlung nach DAC-6	86
d) Vorab-Kontrolle durch Registergerichte	86
§ 5. Handelsrechtliche und steuerliche Bewertung sowie Rechnungslegung (HGB/IFRS)	88
I. Handelsrechtliche Bewertung nach dem Umwandlungsgesetz im Einzelabschluss	88
1. Vorschriften des Umwandlungsgesetzes	88
2. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger gemäß § 17 II 2 UmwG	89
3. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger gemäß § 24 UmwG	90
II. Konzernrechnungslegung nach HGB sowie Rechnungslegung nach IFRS	92
1. Konzernrechnungslegung nach HGB	92
2. Rechnungslegung nach IFRS	93
III. Steuerrechtliche Bewertung nach dem UmwStG	95
1. Verschmelzung und Spaltung von Körperschaften	95
a) Zuordnung des Bewertungswahlrechts	95
b) Maßgeblichkeit	97
c) Steuerbilanz als selbstständiges Rechenwerk	97
2. Verschmelzung und Spaltung von Personengesellschaften	98
a) Bewertungswahlrecht des übernehmenden Rechtsträgers	98
b) Bewertung beim übertragenden Rechtsträger	101
3. Formwechsel	101

§ 6. Arbeitsrecht	103
I. Individualarbeitsrechtliche Bedeutung	104
1. Übergang der Arbeitsverhältnisse	104
a) Anwendbarkeit von § 613a BGB auf Umwandlungsfälle	104
b) Zuordnung von Arbeitsverhältnissen in Spaltungsfällen	105
c) Folgen unterbliebener Zuordnung in Spaltungsfällen	106
d) Zuordnung von Arbeitsverhältnissen im Interessenausgleich, § 35a I UmwG (bisher § 323 II UmwG)	107
e) Unterrichtung der Arbeitnehmer	107
f) Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	108
2. Inhaltsschutz	108
a) Weitergeltung individualvertraglicher Rechte und Pflichten	108
b) Weitergeltung von Tarifverträgen	108
c) Weitergeltung von Betriebsvereinbarungen	110
3. Haftungsschutz	111
a) Verschmelzung	111
b) Spaltung	112
c) Formwechsel	113
4. Bestandsschutz	114
a) Kündigungsverbot	114
b) Sicherung der kündigungrechtlichen Stellung, § 132 II UmwG (bisher § 323 I UmwG)	114
c) Anerkennung des gemeinsamen Betriebs, § 132 I UmwG (bisher § 322 UmwG)	115
5. Übergang von Ansprüchen aus betrieblicher Altersversorgung	115
6. Übergang der Organstellung und der Dienstverhältnisse von Geschäftsführern und Vorständen	117
II. Kollektivarbeitsrechtliche Bedeutung	117
1. Betriebsverfassungsrechtliche Folgen	118
a) Unterrichtung des Betriebsrats	118
b) Übergangsmandat	119
c) Gemeinsamer Betrieb nach Spaltung eines Unternehmens	120
d) Vereinbarung der Fortgeltung, § 132a II UmwG (bisher § 325 II UmwG)	120
2. Mitbestimmungsrechtliche Folgen	120
a) § 132 I UmwG (bisher § 325 I UmwG)	120
b) § 203 UmwG	121
c) Aufsichtsratsbesetzung nach Änderung des Mitbestimmungstatus	121
III. Mitbestimmung bei grenzüberschreitender Verschmelzung	122
IV. Mitbestimmung bei grenzüberschreitender Spaltung und grenzüberschreitendem Formwechsel	123
V. Mitbestimmung bei Gründung einer SE	125
§ 7. Kartellrecht	126
I. Fusionskontrolle	126
1. Bestehen einer fusionskontrollrechtlichen Anmeldepflicht	127
a) Anmeldepflicht nach deutschem Recht	128
b) Anmeldepflicht nach europäischem Fusionskontrollrecht	135
2. Fusionskontrollverfahren	136
a) Deutsches Fusionskontrollverfahren	136
b) Europäisches Fusionskontrollverfahren	139

3. Vollzugsverbot	141
a) Vollzugsverbot nach deutschem Recht	141
b) Vollzugsverbot nach europäischem Recht	143
II. Vorkehrungen zur Vermeidung des Austauschs wettbewerblich sensibler Informationen zwischen Wettbewerbern	144
 3. Teil. Verschmelzung	
§ 8. Beweggründe für eine Verschmelzung	147
I. Unternehmerische Ziele und Motive	147
II. Vor- und Nachteile der Verschmelzung und Gestaltungsalternativen	148
1. Bedarf an Gestaltungsalternativen	148
2. Anderweitige Möglichkeiten der Unternehmenskonzentration	149
3. Nachteile einer Verschmelzung	150
4. Vorteile einer Verschmelzung	152
§ 9. Umwandlungsrechtliche Regelungen	154
I. Verschmelzung im Umwandlungsgesetz	155
1. Begriff und Systematik	155
2. Die Änderungen durch das Umwandlungsgesetz 1994	156
3. Wesentliche Änderungen des UmwG seit 1995	157
a) Die Bedeutung des Spruchverfahrensgesetzes	158
b) Das Zweite Umwandlungsänderungsgesetz	159
c) Das Dritte Umwandlungsänderungsgesetz	160
d) Das Vierte Umwandlungsänderungsgesetz	160
e) Das Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie (UmRUG)	161
4. Europarechtliche Vorgaben	162
a) Richtlinienkonforme Auslegung des UmwG	162
b) Richtlinienkonformität des UmwG	163
5. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	164
6. Verschmelzung durch Aufnahme und Neugründung	167
a) Grundformen des Verschmelzungsvorganges	167
b) Besondere Erwägungsgründe für eine Verschmelzung durch Neugründung	167
II. Der Ablauf der Verschmelzung im Überblick	169
1. Planungsphase	169
2. Vorbereitungsphase	171
a) Erstellung und ggf. Prüfung der Schlussbilanz	171
b) Unternehmensbewertung	171
c) Verschmelzungsvertrag	171
d) Verschmelzungsbericht	171
e) Unterrichtung des Betriebsrates	171
f) Verschmelzungsprüfung	172
g) Vorbereitung der Kapitalerhöhung	172
h) Ladung der Anteilsinhaber	172
3. Beschlussphase	173
a) Zustimmungsbeschlüsse	173
b) Kapitalerhöhungsbeschluss	174
c) Notarielle Beurkundung	174
4. Vollzugsphase	174
a) Anmeldung der Verschmelzung und ggf. der Kapitalerhöhung ...	174
b) Registersperre und Unbedenklichkeitsverfahren	174

c) Eintragung im Handelsregister	175
d) Annahmefrist für Abfindungsangebot	175
e) Gläubigerschutz	176
f) Spruchverfahren	177
III. Verschmelzung durch Aufnahme	177
1. Verschmelzungsvertrag	177
a) Zuständigkeit für den Abschluss des Verschmelzungsvertrages	177
b) Inhalt des Verschmelzungsvertrages	178
c) Besondere Angaben im Verschmelzungsvertrag	201
d) Form des Verschmelzungsvertrages	204
e) Mängel des Verschmelzungsvertrages	206
f) Kündigung des Verschmelzungsvertrages	206
2. Verschmelzungsbericht	206
a) Allgemeines	206
b) Berichtspflicht und Zeitpunkt	208
c) Entbehrlichkeit des Verschmelzungsberichtes	209
d) Inhalt des Verschmelzungsberichtes	211
e) Grenzen der Darlegungspflicht	217
3. Verschmelzungsprüfung	217
a) Prüfungspflicht	217
b) Bestellung des Verschmelzungsprüfers	219
c) Gegenstand und Umfang der Verschmelzungsprüfung	222
d) Prüfungsbericht	225
4. Verschmelzungsbeschluss	228
a) Ladung zur Versammlung	228
b) Vorbereitung der beschlussfassenden Versammlung	229
c) Beschlussfassung	230
d) Weitere Zustimmungserfordernisse/Widerspruchsrechte (§ 43 UmwG nF)	231
e) Vollversammlung	232
f) Anfechtungsverzicht	232
g) Form	233
5. Kapitalerhöhung	233
a) Zweck und Anwendungsbereich der verschmelzungsbedingten Kapitalerhöhung	233
b) Verfahren	234
c) Berechnung des Erhöhungsbetrages	235
d) Kapitalerhöhungsverbote	236
e) Fakultative Kapitalerhöhungen	237
f) Verfahrensmängel und Heilungsmöglichkeiten	237
g) Gewährung zusätzlicher Aktien anstelle barer Zuzahlung	237
6. Registereintragung	241
a) Registeranmeldung	241
b) Eintragung in das Register	243
c) Rechtswirkungen der Eintragung	244
IV. Verschmelzung durch Neugründung	245
1. Anzuwendende Vorschriften	245
2. Erweiterung des Inhalts des Verschmelzungsvertrages	246
a) Gesellschaftsvertrag, Satzung, Statut	246
b) Übernahme von Satzungsfestsetzungen	246
3. Anwendung der Gründungsvorschriften	246
a) Gründungsbericht/-prüfung	246
b) Mitbestimmung	247

V. Verschmelzung im Konzern	247
1. Konstellationen der Konzernverschmelzung	247
2. Erleichterungen für die Verschmelzung der Tochtergesellschaft auf die Muttergesellschaft	247
a) Verschmelzung bei 100%iger Beteiligung am übertragenden Rechtsträger	247
b) Verschmelzung auf mehrheitlich beteiligte Aktiengesellschaft	248
c) Das verschmelzungsrechtliche Squeeze-Out-Verfahren	250
3. Verschmelzung der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaft	252
4. Verschmelzung von Schwestergesellschaften	253
5. Auswirkungen auf Unternehmensverträge	256
VI. Kettenverschmelzung	257
1. Begriff	257
2. Zulässigkeit und Rechtsfolgen	257
VII. Rechtsformspezifische Verschmelzungsfälle im UmwG	258
§ 10. Handelsbilanzielle Regelungen (HGB/IFRS)	344
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger (HGB/IFRS)	345
1. Gebot zur Aufstellung einer Schlussbilanz	345
2. Stichtag der Schlussbilanz	346
3. Erstellung einer Zwischenbilanz	348
4. Bilanzierung in der Schlussbilanz	349
a) Zwecke der Schlussbilanz	349
b) Bestandteile der Schlussbilanz	350
c) Ansatz in der Schlussbilanz	351
d) Bewertung in der Schlussbilanz	352
5. Prüfung der Schlussbilanz	354
6. Feststellung der Schlussbilanz	355
7. Rechnungslegung zwischen Verschmelzungsstichtag und Eintragung	355
a) Zuordnung von Vermögensgegenständen und Schulden	356
b) Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen	356
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger (HGB)	359
1. Übernahmebilanz	359
a) Übernahme des übertragenen Vermögens	359
b) Bewertungswahlrecht des § 24 UmwG	359
2. Bilanzierung zu Anschaffungskosten	362
a) Ansatz	363
b) Bewertung	365
3. Bilanzierung bei Buchwertfortführung	383
a) Ansatz	384
b) Bewertung	385
III. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger (IFRS)	393
1. Ansatz	393
2. Höhe und Umfang der Anschaffungskosten	393
a) Bewertungsmaßstab	393
b) Immaterielle Vermögensgegenstände	394
c) Ausnahmen von der Fair-Value-Bewertung	395
d) Konfusionsgewinne	395
e) Latente Steuern	396
f) Behandlung des Unterschiedsbetrags	397
IV. Bilanzierung beim Anteilseigner des übertragenden Rechtsträgers	399
1. Handelsrecht	399
2. IFRS	399

V. Abbildung der Verschmelzung im Konzernabschluss	399
1. Handelsrecht	399
2. IAS/IFRS	401
§ 11. Steuerrechtliche Regelungen	402
I. Anwendungsbereich	404
1. Räumlicher Anwendungsbereich	404
2. Sachlicher Anwendungsbereich	405
3. Persönlicher Anwendungsbereich	405
a) Körperschaften	405
b) Personengesellschaften	406
II. Umwandlungstichtag	407
1. Handelsrecht	407
2. Steuerlicher Übertragungstichtag	408
a) Verschmelzung von Körperschaften als übertragende Rechtsträger	408
b) Verschmelzung von Personengesellschaften als übertragende Rechtsträger	409
3. Kettenumwandlung	409
4. Konsequenzen	410
a) Rückwirkung	410
b) Nutzung steuerlicher Verluste, Zinsvorträge und EBITDA- Vorträge im Rückwirkungszeitraum	411
III. Verschmelzung von Körperschaften untereinander	412
1. Anwendungsbereich	412
2. Verschmelzung inländischer Körperschaften ohne Auslandsbezug	412
a) Verschmelzung unabhängiger Rechtsträger oder Aufwärtsverschmelzung (Upstream Merger)	413
b) Abwärtsverschmelzung (Downstream Merger)	446
c) Seitwärtsverschmelzung (Sidestream Merger)	451
3. Verschmelzung inländischer Körperschaften mit Auslandsbezug	453
a) Verschmelzung inländischer Körperschaften mit ausländischem Vermögen auf eine inländische Körperschaft	453
b) Verschmelzung inländischer Körperschaften mit ausländischen Anteilseignern auf eine inländische Körperschaft	455
4. Auswirkung der Verschmelzung auf die steuerliche Organschaft	457
a) Verschmelzung des Organträgers	457
b) Verschmelzung auf den Organträger	458
c) Verschmelzung der Organgesellschaft	459
d) Verschmelzung auf eine Organgesellschaft	460
IV. Verschmelzung einer Körperschaft auf eine Personengesellschaft	461
1. Vorbemerkung	461
2. Anwendungsbereich	462
3. Inlandsumwandlung ohne Auslandsbezug	463
a) Verschmelzung unabhängiger Rechtsträger oder Aufwärtsverschmelzung	463
b) Abwärtsverschmelzung (Downstream Merger)	504
c) Verschmelzung auf eine Personengesellschaft ohne Betriebsvermögen	505
4. Inlandsverschmelzung mit Auslandsbezug	507
a) Verschmelzung inländischer Körperschaften mit ausländischem Vermögen auf eine inländische Personengesellschaft	508
b) Verschmelzung inländischer Körperschaften mit ausländischen Anteilseignern auf eine inländische Personengesellschaft	512

V. Verschmelzung einer Kapitalgesellschaft auf eine natürliche Person	517
1. Anwendungsbereich	517
2. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft	517
a) Verschmelzung in das Betriebsvermögen	517
b) Verschmelzung in das Privatvermögen	518
3. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene des Alleingeschäfters	518
a) Übergang in das Betriebsvermögen des Alleingeschäfters	518
b) Übergang in das Privatvermögen des Alleingeschäfters	518
VI. Verschmelzung einer Personengesellschaft auf eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	519
1. Überblick	519
2. Anwendungsbereich	519
3. Einbringungsgegenstand „Betrieb“	520
a) Überblick	520
b) Einbringungsgegenstand	521
c) Einbringender	521
d) Einbringungsumfang	521
4. Gegenleistung	525
a) Neue Anteile als Gegenleistung	525
b) Sonstige Gegenleistungen	527
5. Verschmelzung inländischer Gesellschaften ohne Auslandsbezug	530
a) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	530
b) Steuerliche Auswirkungen beim Einbringenden	542
c) Anteile an der übernehmenden Gesellschaft	546
d) Zeitpunkt der Sacheinlage und Rückbeziehung	549
e) Steuerlicher Umgehungsschutz nach § 22 UmwStG	556
6. Verschmelzung inländischer Gesellschaften mit Auslandsbezug	571
a) Ausländisches Vermögen	571
b) Besteuerung ausländischer Anteilseigner	573
VII. Verschmelzung von Personengesellschaften untereinander	573
1. Anwendungsbereich	573
2. Einbringungstatbestand	574
3. Einräumung einer Mitunternehmerstellung	574
a) Einbringender	575
b) Mitunternehmerstellung	575
4. Sonstige Gegenleistungen	576
5. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Personengesellschaft	577
a) Bewertung des eingebrachten Vermögens	577
b) Folgen aus der Übernahme des Vermögens der übertragenden Personengesellschaft	580
6. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Personengesellschaft und ihrer Gesellschafter	582
a) Überblick	582
b) Ermittlung eines Einbringungserfolgs	582
c) Steuerliche Behandlung des Einbringungserfolgs	583
7. Zeitpunkt der Sacheinlage und Rückbeziehung	584
8. Ausgleichsleistungen	585
a) Anpassung der Kapitalkonten mittels Ergänzungsbilanzen	585
b) Leistung von Ausgleichszahlungen	586

9. Steuerlicher Umgehungsschutz nach § 24 V UmwStG	587
a) Überblick	587
b) Anwendungsvoraussetzungen	587
c) Rechtsfolgen	588
10. Verschmelzung inländischer Personengesellschaften mit Auslandsberührung	588
a) Ausländisches Vermögen	588
b) Besteuerung ausländischer Gesellschafter	588
VIII. Nebensteuern	588
1. Umsatzsteuer	588
2. Grunderwerbsteuer	589
a) Vorbemerkung	589
b) Grunderwerbsteuer bei Verschmelzung und unmittelbarem Grundbesitz	590
c) Grunderwerbsteuer bei Verschmelzung und mittelbarem Grundbesitz	591
d) Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer bei Verschmelzungen	599
e) Steuersatz	599
f) Umwandlungen innerhalb eines Konzerns	599
g) Behandlung der Grunderwerbsteuer im Rechnungswesen	604

4. Teil.

Grenzüberschreitende Verschmelzung

§ 12. Europäische Grundlagen und deutsches Recht	605
I. Hintergründe und europäische Rechtsentwicklung	607
1. Motive grenzüberschreitender Verschmelzungen	607
2. Die Rechtslage bis 2005	608
3. Der Weg zur IntVerschmRL (nunmehr Art. 118 ff. GesR-RL)	609
4. Regelungsbereich und Inhalt der IntVerschmRL (Art. 118 ff. GesR- RL)	610
5. Die Rechtsprechung des EuGH	612
II. Verschmelzungen und Umwandlungen jenseits der IntVerschmRL (nunmehr Art. 118 ff. GesR-RL)	614
1. Die grenzüberschreitende Verschmelzung von Personengesellschaften	614
2. Die grenzüberschreitende Spaltung	615
3. Der grenzüberschreitende Rechtsformwechsel/Sitzverlegung	616
4. Genossenschaften	618
III. Reform des europäischen Rechts der grenzüberschreitenden Umwandlungen	618
1. Richtlinie über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts	618
2. Konsultation zum Recht der grenzüberschreitenden Verschmelzung	618
3. Das Company Law Package	619
4. Inhalt der MobilitätsRL	620
IV. Reform des deutschen Umwandlungsgesetzes: die Umsetzung der IntVerschmRL und der MobilitätsRL	622
1. Zur früheren Rechtslage im deutschen Recht	622
2. Umsetzung der IntVerschmRL (nunmehr Art. 118 ff. GesR-RL) in deutsches Recht	622
3. Regelung der Hineinverschmelzung auf Personenhandelsgesellschaften durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes ...	623

4. Umsetzung der MobilitätsRL in deutsches Recht durch das UmRUG	623
a) Gesetzgebungsverfahren und Systematik der neuen gesetzlichen Regelungen	623
b) Überblick zu den Änderungen im deutschen Recht der grenzüberschreitenden Verschmelzung	624
c) Überblick zum im deutschen Recht neu eingeführten Recht der grenzüberschreitenden Spaltung	629
d) Überblick zum im deutschen Recht neu eingeführten Recht des grenzüberschreitenden Formwechsels (Umwandlung)	631
e) Unmittelbare Wirkung der MobilitätsRL nach Ablauf der Umsetzungsfrist	633
V. SE und grenzüberschreitende Umwandlungen in der Praxis	633
§ 13. Verschmelzung von Kapitalgesellschaften verschiedener Mitgliedsstaaten	636
I. Grundlagen	638
1. Rechtsquellen und Regelungssystematik	638
a) Die Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedsstaaten	638
b) Die Umsetzung der IntVersmRL in deutsches Recht	640
c) Die Regelungssystematik	641
2. Begriff der grenzüberschreitenden Verschmelzung	642
a) Verschmelzung	642
b) Legaldefinition Grenzüberschreitung	643
3. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	645
a) Aktive Verschmelzungsfähigkeit	645
b) Gemeinschaftsbezug	648
c) Passive Verschmelzungsfähigkeit	649
d) Verbot der Verschmelzung	650
II. Der Ablauf einer grenzüberschreitenden Verschmelzung im Überblick	650
1. Die Planungsphase	650
2. Vorbereitungsphase	653
a) Gemeinsamer Verschmelzungsplan	653
b) Hinterlegung und Bekanntmachung des Verschmelzungsplans	654
c) Verschmelzungsbericht	654
d) Zugänglichmachung des Verschmelzungsberichts und Unterrichtung des Betriebsrats	654
e) Verschmelzungsprüfung und Erstellung eines Prüfungsberichts	655
f) Vorbereitung Kapitalerhöhung, Ladung der Anteilsinhaber	655
g) Gläubigerschutz	655
h) Verfahren zur Festlegung der Arbeitnehmermitbestimmung	656
3. Beschlussphase	657
a) Verschmelzungsbeschluss	657
b) Schutz der Minderheitsgesellschafter, Barabfindung, Widerspruch zur Niederschrift	657
c) Spruchverfahren – Barabfindung	658
d) Spruchverfahren – Verbesserung des Umtauschverhältnisses	658
4. Prüfungs- und Vollzugsphase	659
a) Zweistufige Registerprüfung	659
b) Wirksamwerden der Verschmelzung, Rechtsfolgen, Bestandsschutz	659
III. Verschmelzung durch Aufnahme	660
1. Gemeinsamer Verschmelzungsplan	660
a) Rechtsnatur des gemeinsamen Verschmelzungsplans	660

b) Zuständigkeit für die Erstellung des Verschmelzungsplans	661
c) Inhalt des Verschmelzungsplans	663
d) Freiwillige Zusatzangaben im Verschmelzungsplan	687
e) Notarielle Beurkundung	687
f) Sprache des Verschmelzungsplans	689
g) Bekanntmachung des Verschmelzungsplans	690
h) Zurverfügungstellen oder Zuleitung an den Betriebsrat	695
i) Kapitalmarktrechtliche Publizitätspflichten	696
j) Mängel des Verschmelzungsplans	696
2. Verschmelzungsbericht, §§ 309, 310 UmwG (Neufassung von § 122e UmwG)	696
a) Neuerungen zum Verschmelzungsbericht durch MobilitätsRL ...	697
b) Verpflichtung zur Erstellung, Schuldner der Berichtspflicht	698
c) Inhalt des Verschmelzungsberichts	699
d) Grenzen der Darlegungspflicht	703
e) Sprache des Verschmelzungsberichts bzw. der Einzelberichte	703
f) Entbehrlichkeit des Verschmelzungsberichts bzw. der Einzelberichte	704
g) Zugänglichmachung des Verschmelzungsberichts (§ 310 UmwG)	706
3. Verschmelzungsprüfung und Prüfungsbericht	708
a) Rechtsformunabhängige Prüfungspflicht, Zweck der Prüfung	708
b) Bestellung des Verschmelzungsprüfers	709
c) Gegenstand und Umfang der Verschmelzungsprüfung	713
d) Verschmelzungsprüfungsbericht	714
e) Verzicht auf Prüfung und Prüfungsbericht, Konzernverschmelzung	715
4. Verschmelzungsbeschluss	716
a) Form-, Frist- und Informationsvorschriften für die Ladung zur beschlussfassenden Versammlung	717
b) Unterrichtungspflicht des Vorstands bei Vermögensverschlechterung	722
c) Qualifizierte Mehrheit des Verschmelzungsbeschlusses	723
d) Form und Anfechtungsverzicht	723
e) Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich der Mitbestimmung und Bestätigungsbeschluss	724
f) Anlässlich des Verschmelzungsbeschlusses erforderliche weitere Beschlüsse	727
g) Erleichterungen der Konzernverschmelzung	728
5. Gläubigerschutz	729
a) Europarechtliche Grundlagen	729
b) Umsetzung der gläubigerschützenden Regelungen in Deutschland	731
6. Registerverfahren und Eintragung	738
a) Europarechtliche Vorgaben	738
b) Deutsche Umsetzung der Verschmelzungsprüfung	739
c) Überprüfung der Rechtmäßigkeit im Falle der Hinausverschmelzung, §§ 315–317 UmwG (Neufassung von § 122k UmwG)	740
d) Verschmelzungsbescheinigung	747
e) Überprüfung der Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung im Falle der Hereinverschmelzung, § 318 UmwG	749
f) Anfechtung des Gesellschafterbeschlusses während des Registerverfahrens	756

g) Überprüfung des Umtauschverhältnisses sowie der Angemessenheit der angebotenen Barabfindung im Spruchverfahren	756
h) Wirksamwerden und Registereintragung	760
i) Wirkungen der grenzüberschreitenden Verschmelzung	761
IV. Verschmelzung durch Neugründung	764
1. Anzuwendende Vorschriften im Falle der Hereinverschmelzung	765
a) Anwendbare Gründungsvorschriften	765
b) Registerprüfung	765
c) Anmeldung und einzureichende Unterlagen	767
2. Anzuwendende Vorschriften bei Hinausverschmelzung	768
V. Verschmelzung im Konzern	768
1. Konstellationen der Konzernverschmelzung	768
2. Verschmelzung der Tochtergesellschaft auf die Muttergesellschaft, Upstream Merger	769
a) 100%ige Tochtergesellschaft	769
b) Verschmelzung der mehrheitlich beteiligten (mindestens 90 %) Tochtergesellschaft auf ihre Muttergesellschaft	771
3. Verschmelzung der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaft (Downstream Merger)	772
4. Verschmelzung von Schwestergesellschaften	773
VI. Mitbestimmung bei der grenzüberschreitenden Verschmelzung	773
1. Grundlagen	773
a) Einleitung	773
b) Regelungsziel und -technik des Art. 133 GesR-RL (vormals Art. 16 IntVerschmRL)	777
c) Ziel und Anwendungsbereich des MgVG	780
2. Anwendungsbereich europäischer Mitbestimmung	780
a) Grundsätzliche Anwendung des Mitbestimmungsrechts des Sitzstaates	780
b) Ausnahmen vom Sitzstaatsprinzip – das Verhandlungsprinzip	781
c) Rechtsfolgen hinsichtlich der Arbeitnehmermitbestimmung	786
3. Verhandelte Arbeitnehmerbeteiligung	787
a) Ziel, Gegenstand und Vorrang der Verhandlungen	787
b) Überblick zum Verhandlungsverfahren im Falle der Hereinverschmelzung	787
c) Einleitung des Verhandlungsverfahrens durch Bildung des BVG ..	789
d) Ablauf des Verhandlungsverfahrens	796
e) Nichtaufnahme oder Abbruch der Verhandlungen	801
f) Rechtsfolgen bei fehlerhaftem Verhandlungsverfahren	802
4. Vereinbarung über die Arbeitnehmermitbestimmung	802
a) Rechtsnatur der Mitbestimmungsvereinbarung	802
b) Inhalt der Vereinbarung	803
c) Abschlusskompetenz	806
d) Form der Vereinbarung, Sprache, Mängel	806
e) Neuverhandlungspflicht bei strukturellen Veränderungen; Beendigung	807
5. Gesetzliche Auffanglösung	808
a) Fälle der Anwendbarkeit der gesetzlichen Auffanglösung	808
b) Inhalt der gesetzlichen Auffangregelung	811
c) Verteilung der Sitze der Arbeitnehmervertreter	812
d) Rechtsstellung der Arbeitnehmervertreter	812
e) Nachfolgende Verschmelzung – Perpetuierungs-Klausel	813

6. Mitbestimmungsgestaltung durch grenzüberschreitende Verschmelzung	813
a) Vergleich zur Mitbestimmungsgestaltung in der SE	813
b) Missbrauchsverbot	814
c) Mitbestimmungsgestaltung durch Hinausverschmelzung	814
d) Mitbestimmungsgestaltung bei Hereinverschmelzung	816
VII. Fälle und Musterformulierungen	816
§ 14. Verschmelzung in europäische Gesellschaftsformen	832
I. Grundvoraussetzungen für die Verschmelzung in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE)	835
1. Überblick	835
a) Rechtsgrundlagen der SE	835
b) Grundstruktur der SE	835
c) Beweggründe für die Gründung einer SE	836
2. Numerus Clausus der Gründungstatbestände	837
a) Verschmelzung in eine SE	838
b) Gründung einer Holding-SE	838
c) Gründung einer Tochter-SE	838
d) Rechtsformwechsel in eine SE	838
e) Gründung der Tochter-SE einer SE	839
3. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	839
a) Aktiengesellschaften im Sinne des Anhangs I der SE-VO	839
b) Gemeinschaftszugehörigkeit der verschmelzungswilligen Rechtsträger	841
c) Mehrstaatlichkeit der verschmelzungswilligen Rechtsträger	841
II. Gesellschaftsrechtlicher Teil der Verschmelzung zur SE	842
1. Verschmelzungsplan	843
a) Verschmelzungsplan oder Verschmelzungspläne?	843
b) Form und Sprache des Verschmelzungsplans	844
c) Zuständigkeit für die Aufstellung des Verschmelzungsplans	845
d) Inhalt des Verschmelzungsplans	845
e) Bekanntmachung des Verschmelzungsplans	852
f) Kündigung des Verschmelzungsplans	853
2. Verschmelzungsbericht	853
a) Pflicht zur Erstellung	853
b) Entbehrlichkeit des Verschmelzungsberichts	854
c) Notwendiger Inhalt des Verschmelzungsberichts	854
d) Grenzen der Darlegungspflicht	855
e) Form und Sprache des Verschmelzungsberichts	856
3. Prüfung des Verschmelzungsplans	856
a) Prüfungspflicht	856
b) Bestellung des Verschmelzungsprüfers	857
c) Gegenstand und Umfang der Verschmelzungsprüfung	858
d) Prüfungsbericht	858
4. Hauptversammlungsbeschlüsse	858
a) Ladung zur Hauptversammlung und Gewährung von Einsichtsrechten	859
b) Vorbereitung der beschlussfassenden Versammlung – Bekanntmachung des Verschmelzungsplans	859
c) Verschmelzungsbeschluss	861
d) Bestellung des ersten Aufsichts-/Verwaltungsorgans	862
e) Kapitalerhöhung	862

f) Zustimmungsvorbehalt – Zustimmungserfordernisse	862
g) Vollversammlung	863
h) Anfechtungsverzicht	863
i) Form	863
5. Verschmelzung im Konzern	864
a) Erleichterungen für die Verschmelzung der Tochtergesellschaft auf die Muttergesellschaft bei 100 %-iger Beteiligung am übertragenden Rechtsträger	864
b) Erleichterungen für die Verschmelzung auf zu 90 % beteiligte Aktiengesellschaft	865
III. Arbeitnehmerbeteiligung als Gründungsvoraussetzung der SE	868
1. Arbeitnehmerbeteiligung kraft Verhandlung	868
a) Verhandlungspartner	869
b) Zustandekommen und Besetzung des Besonderen Verhandlungsgremiums	869
c) Zusammenarbeit zwischen BVG und Leitungen	872
d) Beschlussfassung im BVG	872
e) Dauer der Verhandlungen	873
f) Vereinbarung über die Arbeitnehmerbeteiligung	873
2. Arbeitnehmerbeteiligung bei Beschluss der Nichtaufnahme oder des Abbruchs der Verhandlungen	875
3. Arbeitnehmerbeteiligung kraft Gesetz	875
a) SE-Betriebsrat kraft Gesetz	875
b) Mitbestimmung kraft Gesetz	876
4. Neuverhandlung bei strukturellen Änderungen	878
5. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen	878
6. Arbeitnehmerlose Vorrats-SE	880
a) Gründung der Vorrats-SE	881
b) Aktivierung der Vorrats-SE durch Verschmelzung	881
IV. Erlangung der Rechtspersönlichkeit	882
1. Beantragung der Rechtmäßigkeitsbescheinigung – Registeranmeldung	882
a) Zuständige mitgliedsstaatliche Stelle für die Rechtmäßigkeitsprüfung	882
b) Zuständige Organe	883
c) Notwendige Erklärungen	883
d) Beizufügende Unterlagen	883
e) Inhaltskontrolle des Registergerichts – Prüfungsumfang gemäß Art. 25 I SE-VO	883
f) Rechtmäßigkeitsbescheinigung	884
g) Eintragung der Verschmelzung mit Vorläufigkeitsvermerk	884
2. Eintragung der SE im Sitzstaat gemäß Art. 27 SE-VO und Rechtmäßigkeitskontrolle gemäß Art. 26 SE-VO	884
a) Zuständiges Gericht	885
b) Zuständige Organe	885
c) Erklärungen	885
d) Beizufügende Unterlagen	885
e) Prüfungsumfang	886
f) Eintragung der SE, Art. 27 SE-VO iVm Art. 12 SE-VO	886

3. Offenlegung der Verschmelzung gemäß Art. 28 SE-VO sowie der Eintragung der SE gemäß Art. 15 II iVm Art. 13 SE-VO	887
a) Offenlegung der Eintragung der SE	887
b) Offenlegung der Verschmelzung	887
4. Rechtswirkungen der Eintragung	887
a) Vollzug der Verschmelzung	887
b) Bestandsschutz	888
V. Verschmelzung in eine Europäische Genossenschaft (SCE)	889
1. Überblick	889
a) Aktuelle gesellschaftsrechtliche Bedeutung der SCE	889
b) Rechtlicher Rahmen	889
c) Eckdaten der SCE	890
d) Gründungsvarianten	890
2. Die Verschmelzung zur SCE	891
a) Verschmelzungsplan	891
b) Bekanntmachung des Verschmelzungsplans	891
c) Informationsrechte	891
3. Arbeitnehmerbeteiligung in der SCE	891
VI. Fall und Musterformulierungen	892
§ 15. Rechnungslegung und Jahresabschluss	905
I. Rechnungslegung bei grenzüberschreitender Verschmelzung	905
1. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	905
a) Hinausverschmelzung	905
b) Hereinverschmelzung	905
2. Bilanzierung beim aufnehmenden Rechtsträger	905
3. Rechnungslegung am Verschmelzungstichtag	906
4. Verschmelzungsprüfung	906
II. Bewertung bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen	906
1. Bewertungsverfahren	907
2. Zinssatz	907
3. Berücksichtigung von persönlichen Ertragsteuern	907
4. Börsenkurs als Wertmaßstab	907
5. Fazit	908
§ 16. Steuerrechtliche Regelungen zu grenzüberschreitenden Verschmelzungen sowie Auslandsverschmelzungen mit Inlandsberührung	909
I. Anwendungsbereich	910
1. Vorbemerkung	910
2. Sachlicher Anwendungsbereich	911
a) Überblick	911
b) Vergleichbarkeit hinsichtlich der Rechtsfolgen der Umwandlung	912
c) Typenvergleich	914
3. Persönlicher Anwendungsbereich	915
a) Überblick	915
b) Gesellschaften	916
c) Verschmelzung auf eine natürliche Person	917
4. Vom UmwStG erfasste Verschmelzungen mit Auslandsbezug	918
5. Grenzüberschreitende Verschmelzungen bzw. Auslandsverschmelzungen unter Beteiligung von Personengesellschaften	918
a) Gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Zulässigkeit	918

b) Verschmelzung auf eine Personengesellschaft – steuerliche Regelungen	919
c) Zusätzliche Bedingungen bei Verschmelzung einer Personengesellschaft als übertragende Gesellschaft	920
II. Steuerliche Rückwirkung	920
1. Rückwirkung auf den Stichtag der Schlussbilanz	920
2. Ausnahmen bei grenzüberschreitenden Umwandlungen	921
a) Anwendungsbereich	921
b) Anwendungsvoraussetzungen	921
c) Rechtsfolgen	922
III. Grenzüberschreitende Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften	923
1. Verschmelzung einer inländischen Kapitalgesellschaft auf eine ausländische Kapitalgesellschaft (Hinausverschmelzung)	923
a) Anwendungsbereich	923
b) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft	923
c) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	929
d) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Anteilseigner	929
2. Verschmelzung einer ausländischen Kapitalgesellschaft auf eine inländische Kapitalgesellschaft (Hereinverschmelzung)	931
a) Anwendungsbereich	931
b) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft	932
c) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	933
d) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Anteilseigner	935
3. Verschmelzung ausländischer Kapitalgesellschaft mit Inlandsbezug (Auslandsverschmelzung)	935
a) Verschmelzung von EU-Gesellschaften	935
b) Drittstaatenverschmelzungen	940
c) Hinzurechnungsbesteuerung bei Auslandsumwandlung	942
IV. Grenzüberschreitende Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften auf Personengesellschaften	943
1. Verschmelzung einer inländischen Kapitalgesellschaft auf eine ausländische Personengesellschaft (Hinausverschmelzung)	944
a) Übertragende Kapitalgesellschaft	944
b) Übernehmende Personengesellschaft	945
c) Anteilseigner	945
2. Verschmelzung einer ausländischen Kapitalgesellschaft auf eine inländische Personengesellschaft (Hereinverschmelzung)	946
a) Übertragende Kapitalgesellschaft	947
b) Übernehmende Personengesellschaft	948
c) Anteilseigner	948
3. Ausländische Verschmelzung mit Inlandsbezug (Auslandsverschmelzung)	949
a) Übertragende Kapitalgesellschaft	949
b) Übernehmende Personengesellschaft	950
c) Anteilseigner	950
V. Ausländische und grenzüberschreitende Verschmelzung einer Personengesellschaft auf eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft ...	950
1. Anwendungsbereich	950

2. Einbringung von inländischem Betriebsvermögen durch im Inland ansässige Personen in eine ausländische EU-/EWR-Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	952
3. Einbringung von ausländischem Betriebsvermögen durch im Inland ansässige Personen in eine ausländische EU-/EWR-Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	953
4. Verschmelzung einer EU-ausländischen transparenten Gesellschaft auf eine in einem anderen Mitgliedsstaat ansässige EU-Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	953
5. Einbringung von ausländischem Betriebsvermögen durch eine im Ausland ansässige Person in eine inländische Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	954
6. Einbringung von inländischem Betriebsvermögen durch eine im Ausland ansässige Person in eine ausländische EU-/EWR-Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	954
VI. Ausländische und grenzüberschreitende Verschmelzung von Personengesellschaften untereinander	955

5. Teil. Spaltung

§ 17. Bedeutung der Unternehmensspaltung und Rechtsentwicklung	957
I. Unternehmerische Ziele und Motive für eine Spaltung	957
II. Entwicklung des Spaltungsrechts	958
1. Europäische Harmonisierung	958
2. Entwicklung im deutschen Spaltungsrecht	958
a) Realteilung	959
b) „Spaltung“ von Kapitalgesellschaften	959
c) Steuerliche Billigkeitsmaßnahmen	959
d) SpTrUG	960
e) Spaltungsrecht im UmwG	960
f) Entwicklung des UmwStG für Spaltungen	961
3. Grenzüberschreitende Spaltung	961
§ 18. Spaltungsrechtliche Regelungen	963
I. Spaltung im Umwandlungsgesetz	964
1. Systematik	964
2. Arten der Spaltung	964
a) Aufspaltung, § 123 I UmwG	964
b) Abspaltung, § 123 II UmwG	966
c) Ausgliederung, § 123 III UmwG	968
d) Mischformen	970
3. Entsprechende Geltung des Verschmelzungsrechts	971
4. Spaltungsfähige Rechtsträger	972
5. Spaltung zur Aufnahme und zur Neugründung	974
6. Verhältniswahrende und nicht-verhältniswahrende Spaltung	975
a) Spaltung zu Null	976
b) Bewertungsmaßstab für nicht-verhältniswahrende Spaltung	977
c) Zustimmungserfordernis	978
7. Partielle Gesamtrechtsnachfolge	978
a) Bedeutung und Umfang der partiellen Gesamtrechtsnachfolge ...	978
b) Grundsatz der Spaltungsfreiheit	979
c) Einschränkungen der Spaltungsfreiheit nach § 132 UmwG aF ...	980
d) Einschränkung der Spaltungsfreiheit nach § 142a UmwG	981

e) Aufspaltung einzelner Forderungen, Verbindlichkeiten und Verträge	981
8. Spezielles Spaltungsrecht	983
a) Kein aktienrechtlicher Squeeze-out bei der Spaltung	983
b) Keine Entbehrlichkeit der Spaltungsprüfung im Falle der Aufspaltung	983
c) Firmenrechtliche Sonderregelung	983
d) Umtauschverhältnis bei Ausgliederungen/Abfindungsangebot	984
e) Gläubigerschutzvorschriften	985
f) Treuhänderbestellung	996
II. Ablauf der Spaltung im Überblick	996
1. Grundsätzlicher Gleichklang mit dem Ablauf der Verschmelzung	996
2. Abweichungen des Ablaufs der Spaltung vom Ablauf der Verschmelzung	997
III. Aufspaltung/Abspaltung	998
1. Spaltungsvertrag bzw. -plan	998
a) Zuständigkeit	998
b) Aufteilung des Vermögens	998
c) Inhalt des Spaltungsvertrages/-plans	1000
d) Besondere Angaben im Spaltungsvertrag	1002
e) Form des Spaltungsvertrags	1004
f) Mängel und Kündigung des Spaltungsvertrags	1004
2. Spaltungsbericht	1004
3. Spaltungsprüfung	1005
4. Spaltungsbeschluss und Zustimmungserklärungen	1006
5. Registereintragung	1007
a) Registeranmeldung	1007
b) Eintragung in das Register	1008
c) Rechtswirkungen der Eintragung	1008
IV. Ausgliederung	1009
1. Ausgliederungsvertrag/-plan	1010
2. Ausgliederungsbericht	1010
3. Ausgliederungsprüfung	1011
4. Ausgliederungsbeschluss	1011
5. Kapitalerhaltung und Gläubigerschutz	1012
6. Ausgliederung im Wege der Einzelrechtsnachfolge und UmwG	1013
V. Fälle und Musterformulierungen	1015
§ 19. Handelsbilanzielle Regelungen (HGB/IFRS)	1078
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	1079
1. Gebot zur Aufstellung einer Schlussbilanz	1079
a) Fristenregelung	1079
b) Zweck der Schlussbilanz	1080
c) Bestandteile der Schlussbilanz	1080
d) Gesamtschlussbilanz versus Teilschlussbilanz	1080
2. Zwischenbilanz	1082
3. Bilanzierung in der Schlussbilanz	1082
a) Ansatz	1082
b) Bewertung	1083
4. Rechnungslegung zwischen Spaltungsstichtag und Eintragung	1084
5. Besonderheiten der Bilanzierung in der Schlussbilanz nach der Art der Spaltung	1084
a) Aufspaltung	1084

b) Abspaltung	1085
c) Ausgliederung	1088
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	1090
1. Aufzustellende Bilanzen	1090
a) Zwischenbilanz	1090
b) Übernahmebilanz/Eröffnungsbilanz	1090
2. Bilanzierung des Vermögensübergangs nach § 125 UmwG	1090
a) Bilanzierung zu Anschaffungskosten	1091
b) Bilanzierung bei Buchwertfortführung	1093
III. Bilanzielle Auswirkungen der Haftung nach § 133 UmwG	1095
1. Hauptschuldner und Mithafter	1095
2. Bilanzierung der Verpflichtung	1095
3. Bilanzierung zu leistender Sicherheiten	1096
IV. Bilanzierung beim Anteilseigner des übertragenden Rechtsträgers	1096
1. Aufspaltung	1096
2. Abspaltung	1097
3. Ausgliederung	1097
V. Fallbeispiele	1097
1. Ausgliederung als nicht tauschähnlicher Vorgang	1098
2. Ausgliederung als tauschähnlicher Vorgang	1099
VI. IFRS	1102
§ 20. Steuerrechtliche Regelungen	1103
I. Überblick	1104
II. Steuerneutralität versus Missbrauch	1105
III. Steuerliche Rückwirkung	1106
IV. Aufspaltung und Abspaltung von Körperschaften untereinander	1106
1. Allgemeines	1107
2. Teilbetriebe	1108
a) Der Begriff des „echten Teilbetriebs“ in § 15 UmwStG	1108
b) „Fiktive“ Teilbetriebe	1112
c) Zuordnung neutralen Betriebsvermögens zu „echten“ und „fiktiven“ Teilbetrieben	1114
3. Steuerliche Auswirkungen bei der übertragenden Körperschaft	1116
a) Rechtsfolge bei Nichterfüllung des Teilbetriebserfordernisses	1116
b) Rechtsfolge bei Erfüllung des Teilbetriebserfordernisses – Bewertungswahlrecht	1116
c) Missbrauchsbestimmungen (§ 15 II UmwStG)	1118
d) Besteuerung eines Übertragungsgewinns	1128
4. Steuerliche Auswirkungen bei der übernehmenden Körperschaft	1128
a) Übernahme der Wertansätze, Wertaufholung und Ermittlung eines Übernahmegewinns oder -verlustes	1128
b) Bemessung der AfA und der erhöhten Absetzungen sowie ähnlicher Erleichterungen	1129
c) Aufteilung des steuerlichen Einlagekontos und der Teilbeträge nach §§ 37 und 38 KStG	1130
d) Übertragung eines verbleibenden Verlustvortrags, Zinsvortrags sowie vortragsfähiger Gewerbeverluste	1130
5. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Gesellschafter	1131
6. Besteuerung ausländischer Gesellschafter	1133
7. Nicht-verhältnismäßige Abspaltung	1134

8. Fallbeispiele	1134
a) Grundfall	1134
b) Trennung von Gesellschafterstämmen	1136
V. Aufspaltung und Abspaltung von Körperschaften auf Personengesellschaften	1137
1. Anwendungsvoraussetzungen	1138
2. Steuerliche Auswirkungen bei der übertragenden Körperschaft	1139
a) Regelbewertung: Gemeiner Wert	1139
b) Bewertungswahlrecht: Buch- oder Zwischenwert	1139
c) Missbrauchsregelungen	1140
d) Verminderung von Verlustvorträgen und des Zinsvortrags	1141
e) Verminderung des steuerlichen Einlagekontos	1141
3. Steuerliche Auswirkungen bei der übernehmenden Personengesellschaft	1141
a) Übernahme der Wertansätze der übertragenden Körperschaft	1141
b) Spaltung des Übernahmeergebnisses	1142
c) Zuordnung der Anteile bei der übernehmenden Personengesellschaft	1142
d) Ermittlung des Übernahmegewinns bzw. -verlustes	1143
e) Übernahmeverlust	1144
f) Besteuerung des Übernahmegewinns	1144
g) Bemessung der AfA, der erhöhten Abschreibungen und ähnlicher Erleichterungen	1144
h) Behandlung von Verlusten, Zinsvortrag	1144
i) Gewerbesteuerpflichtiger Gewinn aus Veräußerung oder Aufgabe	1145
4. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Gesellschafter	1146
5. Besteuerung ausländischer Gesellschafter	1146
VI. Aufspaltung und Abspaltung von Personengesellschaften untereinander .	1146
1. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Personengesellschaft	1147
2. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Personengesellschaft	1148
3. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Gesellschafter	1149
4. Besteuerung ausländischer Gesellschafter	1150
5. Fallbeispiel	1150
VII. Aufspaltung und Abspaltung von Personengesellschaften auf Kapitalgesellschaften	1152
1. Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	1152
2. Steuerliche Auswirkungen für den einbringenden Gesellschafter	1154
3. Besteuerung ausländischer Gesellschafter	1155
4. Fallbeispiel	1155
VIII. Ausgliederung auf Personengesellschaften	1156
IX. Ausgliederung auf Kapitalgesellschaften	1158
X. Nebensteuern	1160
1. Umsatzsteuer	1160
2. Grunderwerbsteuer	1161

6. Teil. Grenzüberschreitende Spaltung

§ 21. Europäische Grundlagen und deutsches Recht	1163
I. Rechtsentwicklung und Bedeutung im internationalen Rechtsverkehr ..	1163
II. Rechtsprechung des EuGH	1163
III. Spaltung von Kapitalgesellschaften verschiedener Mitgliedsstaaten	1164
IV. Grenzüberschreitende Spaltung außerhalb des UmwG	1165
V. Grenzüberschreitende Spaltung unter Beteiligung von Staaten außerhalb der EU	1166
§ 22. Spaltung von Kapitalgesellschaften verschiedener Mitgliedsstaaten	1168
I. Grundlagen	1168
1. Systematik	1168
2. Arten der Spaltung, § 320 I UmwG	1169
a) Spaltung zur Neugründung	1169
b) Spaltung zur Aufnahme	1169
3. Spaltungsfähige Rechtsträger, § 321 UmwG	1171
a) Kapitalgesellschaften	1171
b) Personengesellschaften	1171
c) Gesellschaften mit Sitz in einem EU-/EWR-Mitgliedsstaat	1172
d) Aufgelöste Gesellschaften	1172
II. Verfahrensschritte der grenzüberschreitenden Spaltung	1172
1. Spaltungsplan	1172
2. Spaltungsbericht	1176
3. Spaltungsprüfung	1177
4. Spaltungsbeschluss	1177
5. Schutz der Anteilsinhaber	1178
a) Austrittsrecht gegen eine Barabfindung	1178
b) Anspruch auf Verbesserung des Umtauschverhältnisses im Rahmen des Spruchverfahrens	1179
c) Anfechtungsrecht	1180
6. Schutz der Gläubiger	1180
7. Registerverfahren und Eintragung	1181
III. Sonderfälle	1183
1. Erleichterungen der Spaltung im Konzern	1183
2. Nichtverhältnismäßige Spaltung und Trennung von Gesellschafterstämmen	1184
IV. Mitbestimmung bei grenzüberschreitender Spaltung	1185
1. Richtlinie	1185
2. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitendem Formwechsel und grenzüberschreitender Spaltung (MgFSG)	1185
a) Allgemeines	1185
b) Territorialer Anwendungsbereich und Anwendungsfälle	1186
c) Verhandlungsverfahren bei „Herein-Umwandlung“	1187
d) Beteiligungsvereinbarung	1188
e) Gesetzliche Auffanglösung	1189
f) Nachfolgende Umwandlungen	1189
g) Schutz der Mitglieder des besonderen Verhandlungsgremiums (Arbeitnehmervertreter)	1189
h) Missbrauchsverbot	1189
V. Fälle und Musterformulierungen	1190

Inhaltsverzeichnis

§ 23. Rechnungslegung und Jahresabschluss	1200
I. Zulässigkeit von grenzüberschreitenden Spaltungen	1200
II. Hinausspaltung	1200
III. Hereinspaltung	1200
§ 24. Steuerrechtliche Regelungen	1202
I. Überblick	1202
II. Spaltung von Körperschaften	1202
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1202
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1203
3. Rechtsfolgen	1203
III. Spaltung von Personengesellschaften	1204
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1204
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1204
a) Spaltung auf Körperschaften	1204
b) Spaltung auf andere Personengesellschaften	1205

7. Teil. Vermögensübertragung

§ 25. Begriff und Rechtsentwicklung	1207
§ 26. Umwandlungsrechtliche Regelungen	1209
I. Systematik	1209
1. Anwendbarkeit des Verschmelzungsrechts	1209
2. Beteiligte Rechtsträger	1209
II. Möglichkeiten der Vermögensübertragung	1210
1. Vollübertragung, § 174 I UmwG	1210
2. Teilübertragung, § 174 II UmwG	1211
§ 27. Handelsbilanzielle Regelungen (HGB/IFRS)	1212
I. Anzuwendende Vorschriften	1212
1. Vollübertragung	1212
2. Teilübertragung	1212
II. Bilanzierung des übertragenden Rechtsträgers nach Handelsrecht	1212
1. Schlussbilanz	1212
2. Übertragungsprüfung	1213
III. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger nach Handelsrecht	1213
IV. Bilanzierung beim Gesellschafter des übertragenden Rechtsträgers	1213
V. Bilanzierung nach IFRS	1213
§ 28. Steuerrechtliche Regelungen	1214
I. Bedeutung	1214
II. Systematik	1215
III. Einzelfragen zum UmwStG	1215
1. Vollübertragung	1215
a) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übertragenden Körperschaft	1216
b) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der übernehmenden Körperschaft	1216
c) Steuerliche Auswirkungen auf der Ebene der Anteilseigner	1217
2. Teilübertragung	1217

8. Teil. Formwechsel

§ 29. Beweggründe für einen Formwechsel und Alternativen	1219
I. Rechtsformwahl	1219
II. Beweggründe für den Formwechsel nach dem Angebot des UmwG	1220
1. Steuerliche Beweggründe für den Formwechsel	1220
a) Transparenzprinzip versus Trennungsprinzip	1220
b) Optionsmodell als teilweise Lösung des Problems	1222
c) Formwechsel und Sitzverlegung und Nutzung von Gewerbesteuerunterschieden	1223
2. Außersteuerliche Beweggründe für einen Formwechsel	1223
3. Formwechsel von Kapitalgesellschaften durch europäischen Wettbewerb	1224
III. Alternativen zum umwandlungsrechtlichen Formwechsel	1224
1. Mischverschmelzung	1224
2. Rechtsformänderungen außerhalb des UmwG	1225
§ 30. Umwandlungsrechtliche Regelungen	1226
I. Formwechsel im UmwG	1227
1. Systematik	1227
2. Die Änderungen durch das UmwG 1994 und spätere Gesetzesänderungen	1228
3. Formwechselfähige Rechtsträger	1231
II. Der Ablauf des Formwechsels im Überblick	1235
1. Planungsphase	1235
2. Vorbereitungsphase	1236
3. Beschlussphase	1238
4. Vollzugsphase	1238
a) Anmeldung des Formwechsels	1238
b) Registersperre und Unbedenklichkeitsverfahren	1238
c) Eintragung im Handelsregister	1239
d) Spruchverfahren	1239
e) Gläubigerschutz	1240
III. Der Formwechsel unter Kapitalgesellschaften	1240
1. Entwurf des Formwechselbeschlusses	1240
a) Inhalt des Entwurfs des Formwechselbeschlusses	1240
b) Weitere Regelungsmöglichkeiten	1248
2. Umwandlungsbericht	1248
3. Beschluss des Formwechsels	1249
a) Vorbereitung des Beschlusses	1249
b) Der Beschluss der Gesellschafter	1250
4. Gründungsrecht und Kapitalschutz	1253
a) Gründungsrecht und Haftungsfolgen	1253
b) Zusammensetzung des Aufsichtsrates	1253
c) Nachgründungsvorschriften	1254
d) Kapitalschutz	1254
e) Kapitalschutz und bare Zuzahlung	1255
5. Anmeldung zum Handelsregister und Wirkungen der Eintragung ...	1256
a) Zuständige Organe	1256
b) Zuständiges Gericht	1256
c) Anlagen und abzugebende Erklärungen	1256
d) Bekanntmachung	1257
e) Wirkungen der Eintragung	1257

f) Anteilstausch	1258
g) Nachhaftungsbegrenzung	1258
h) Gläubigerschutz	1258
IV. Formwechsel einer Personen(handels)gesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	1259
1. Überblick	1259
2. Möglichkeiten des Formwechsels	1259
3. Entwurf des Formwechselbeschlusses	1260
a) Zahl, Art und Umfang der Beteiligung am neuen Rechtsträger, § 194 I Nr. 4 UmwG	1260
b) Rechte einzelner Anteilsinhaber, § 194 I Nr. 5 UmwG	1261
c) Abfindungsangebot, § 194 I Nr. 6 UmwG	1261
4. Formwechselbericht	1262
5. Beschluss des Formwechsels	1262
a) Vorbereitung des Beschlusses	1262
b) Beschlussfassung	1262
6. Gründungsrecht und Kapitalschutz	1263
a) Gründungsrecht und Haftungsfolgen	1263
b) Kapitalschutz	1264
7. Anmeldung zum Handelsregister und Wirkungen der Eintragung	1266
a) Anmeldung zum Register	1266
b) Eintragung in das Register	1266
c) Nachhaftungsbegrenzung	1266
V. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personen(handels) gesellschaft	1267
1. Überblick	1267
2. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts als Zielrechtsträger	1268
3. Besonderheiten beim Formwechsel in die GmbH 1269	
4. Formwechsel in die Partnerschaftsgesellschaft	1270
5. Beschluss des Formwechsels	1271
a) Vorbereitung	1271
b) Inhalt	1271
c) Beschlussfassung	1271
d) Anmeldung zum Handelsregister und Wirkungen der Eintragung .	1272
VI. Formwechsel einer Aktiengesellschaft in eine Europäische Gesellschaft (SE)	1272
1. Begriff und Systematik	1272
2. Umwandlungsfähige Rechtsträger	1273
a) Aktiengesellschaft	1273
b) Gemeinschaftszugehörigkeit der Aktiengesellschaft, Sitz	1274
c) Halten einer Tochtergesellschaft	1274
d) Sitzverlegungsverbot	1275
3. Der Ablauf der Umwandlung	1276
a) Planungsphase	1276
b) Vorbereitungsphase	1277
c) Beschlussphase	1286
d) Vollzugsphase	1289
VII. Fälle und Musterformulierungen	1291
§ 31. Handelsbilanzielle Regelungen (HGB/IFRS)	1308
I. Bilanzierung im Zeitpunkt des Formwechsels	1308
1. Identitätsgrundsatz	1308
2. Umwandlungsbericht	1308

3. Handelsrechtliche Rechnungslegung	1309
a) Keine Aufstellung einer Schlussbilanz	1309
b) Buchwertfortführung	1309
c) Keine Rückwirkung	1310
d) Anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften und Offenlegung	1310
4. Aufbringung des Eigenkapitals	1311
a) Formwechsel in eine Kapitalgesellschaft	1311
b) Formwechsel in eine Personengesellschaft	1314
II. Rechnungslegung nach dem Formwechsel	1315
1. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft ...	1315
2. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft ...	1316
3. Behandlung von Umwandlungskosten	1316
4. Behandlung von Abfindungen	1317
a) Abfindungen nach § 196 UmwG	1317
b) Abfindungen nach § 207 UmwG	1317
III. Bilanzierung beim Gesellschafter	1318
IV. Bilanzierung nach IFRS	1319
1. Formwechsel Kapitalgesellschaft in Personengesellschaft	1319
2. Formwechsel Personengesellschaft in Kapitalgesellschaft	1320
§ 32. Steuerrechtliche Regelungen	1321
I. Systematik	1321
II. Steuerliche Rückwirkung	1322
III. Formwechsel im UmwStG	1324
1. Zeitlicher Anwendungsbereich	1324
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1324
3. Sachlicher Anwendungsbereich	1325
4. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft anderer Rechtsform	1326
5. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Personengesellschaft anderer Rechtsform	1328
6. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft	1328
a) Formwechsel als Anteilstausch, § 21 I UmwStG	1329
b) Sonderbetriebsvermögen	1329
c) Umwandlung einer (GmbH & Co.) KG in eine (GmbH & Co.) KGaA	1329
d) Beispiel für eine formwechselnde Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	1330
7. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft ...	1332
a) Steuerliche Rückwirkung, Übertragungsbilanz	1332
b) Formwechsel in eine Personengesellschaft ohne Betriebsvermögen	1332
c) Sonderbetriebsvermögen	1333
d) Gewerbesteuerlicher Gewinn aus Veräußerung oder Aufgabe	1333
e) Formwechsel einer KGaA in eine Personengesellschaft	1333
f) Beispiel für die formwechselnde Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	1333
IV. Nebensteuern	1336
1. Umsatzsteuer	1336
2. Grunderwerbsteuer	1337

9. Teil. Grenzüberschreitender Formwechsel und Sitzverlegung

§ 33. Formen und Rechtsentwicklungen	1339
I. Motive und Formen des grenzüberschreitenden Formwechsels und der Sitzverlegung	1339
II. Rechtsentwicklung	1340
1. Überblick	1340
2. Fallgruppen nach der Rechtslage nach Inkrafttreten des UmRUG ...	1341
3. Grundlegende Rechtsprechung des EuGH	1342
4. Deutsches Kollisionsrecht	1345
III. Nicht kodifizierte Formen des grenzüberschreitenden Formwechsels und der Sitzverlegung	1346
1. Innerhalb der Europäischen Union	1346
a) Verlegung des Verwaltungssitzes nach Deutschland (rechtsformwahrender Zuzug)	1346
b) Verlegung des Verwaltungssitzes aus Deutschland heraus (rechtsformwahrender Wegzug)	1349
c) Rechtsformwahrende Verlegung des Satzungssitzes innerhalb des Binnenmarktes	1350
d) Rechtsformwechselnde Verlegung des Satzungssitzes innerhalb des Binnenmarktes	1351
2. In Bezug auf Drittstaaten	1354
a) Wegzug deutscher Gesellschaften in Drittstaaten	1354
b) Zuzug von drittstaatlichen Gesellschaften nach Deutschland	1355
§ 34. Grenzüberschreitender Formwechsel und Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften	1356
I. Der grenzüberschreitende Formwechsel von Kapitalgesellschaften	1356
1. Grundlegendes zum grenzüberschreitenden Formwechsel	1357
a) Sprachgebrauch	1357
b) Formwechselfähige Gesellschaften, § 334 UmwG	1358
2. Verfahrensschritte des grenzüberschreitenden Formwechsels	1360
a) Formwechselplan, § 335 UmwG	1361
b) Formwechselbericht, § 337 UmwG	1362
c) Formwechselprüfung, § 338 UmwG	1363
d) Formwechselbeschluss, § 339 UmwG	1363
e) Barabfindung, § 340 UmwG	1364
f) Anmeldung zur Registereintragung, § 342 UmwG	1365
g) Formwechselbescheinigung, § 343 UmwG	1366
h) Eintragung im Zuzugsstaat, § 345 UmwG	1368
3. Rechtsfolgen des grenzüberschreitenden Formwechsels	1369
II. Die grenzüberschreitende Sitzverlegung einer SE	1369
1. Sitzverlegung in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union	1370
2. Ablauf der Sitzverlegung im Überblick	1372
3. Verfahrensschritte der Sitzverlegung	1372
a) Verlegungsplan, Art. 8 II SE-VO	1372
b) Verlegungsbericht, Art. 8 III SE-VO	1377
c) Verlegungsbeschluss, Art. 8 VI SE-VO	1378
d) Beantragung der Bescheinigung gemäß Art. 8 VIII SE-VO im Wegzugsstaat	1380
e) Eintragung im Register des Zuzugsstaates, Art. 8 IX, X SE-VO ..	1382
f) Löschung der SE im Register des Wegzugsstaates, Art. 8 XI SE-VO	1384

g) Offenlegung der Eintragung und der Löschung, Art. 8 XII, XIII SE-VO	1384
4. Rechtsfolgen der Sitzverlegung	1384
III. Mitbestimmung bei grenzüberschreitendem Formwechsel und Sitzverlegung	1385
1. Richtlinie	1385
2. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Formwechsel und grenzüberschreitender Spaltung (MgFSG)	1385
3. Sitzverlegung der SE	1385
IV. Fälle und Musterformulierungen	1386
§ 35. Rechnungslegung und Jahresabschluss	1402
I. Zulässigkeit von grenzüberschreitendem Formwechsel	1402
II. Herausformwechsel	1402
III. Hereinformwechsel	1402
§ 36. Steuerrechtliche Regelungen	1403
I. Allgemeines	1403
II. Grenzüberschreitende Sitzverlegung	1403
1. Allgemeines	1403
2. Verlegung des Sitzungssitzes	1404
a) Verlegung des Sitzungssitzes ins Ausland (Wegzug)	1404
b) Verlegung des Sitzungssitzes ins Inland (Zuzug)	1404
3. Sitzverlegung der SE	1405
4. Verlegung des Verwaltungssitzes	1405
a) Verlegung des Verwaltungssitzes ins Ausland (Wegzug)	1405
b) Entstrickung	1406
c) Rechtsfolge	1407
5. Verlegung des Verwaltungssitzes einer ausländischen Gesellschaft ins Inland	1407
a) Personengesellschaften	1407
b) Kapitalgesellschaften	1408
III. Grenzüberschreitender Formwechsel	1408
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1408
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1409
3. Hereinformwechsel	1409
4. Hinausformwechsel	1410
5. Steuerliche Vorteile gegenüber grenzüberschreitender Verschmelzung	1410

10. Teil. Sonstige Umwandlungsvorgänge

§ 37. Alternative Gestaltungsformen der Gesamtrechtsnachfolge	1411
I. Überblick	1411
II. Anwachsung	1412
1. Bedeutung	1412
2. Dogmatische Einordnung	1413
III. Bilanzierung bei der Anwachsung nach Handelsrecht	1414
1. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	1414
2. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	1415
3. Bilanzierung bei der Anwachsung nach IFRS	1416
IV. Die Anwachsung im Steuerrecht	1416
1. Einfache Anwachsung	1416

2. Erweiterte Anwachsung	1417
3. Gewerbesteuerrechtliche Besonderheit	1418
§ 38. Anteilstausch	1419
I. Rechtsgrundlagen	1419
1. Allgemeines	1419
a) Persönlicher Anwendungsbereich	1419
b) Sachlicher Anwendungsbereich	1420
2. Zeitpunkt des Anteilstausches	1421
II. Steuerfolgen	1422
1. Ansatz der Anteile beim Übernehmer (§ 21 I UmwStG)	1422
a) Einfacher Anteilstausch	1422
b) Qualifizierter Anteilstausch	1422
2. Besteuerung des Einbringenden (§ 21 II UmwStG)	1424
a) Inländischer Anteilstausch, Ansatzwahlrecht (§ 21 II 1 UmwStG)	1425
b) Grenzüberschreitender Anteilstausch, Ansatz mit dem gemeinen Wert (§ 21 II 2 und 3 UmwStG)	1425
c) Besteuerung des Einbringungsgewinns	1427
3. Einbringungsgewinn II, § 22 II UmwStG	1428
a) Regelungskonzept	1428
b) Nicht von § 8b II KStG begünstigte Einbringende	1428
c) Ermittlung des Einbringungsgewinns II	1429
d) Besteuerung des Einbringungsgewinns II	1429
e) Der Veräußerung gleichgestellte Vorgänge	1430
f) Ausnahmen vom Einbringungsgewinn II	1430
4. Veräußerung der erhaltenen Anteile	1430
5. Nachweis	1430
§ 39. Steuerliche Alternativen bei Umstrukturierungen mit Einzelrechtsnachfolge	1432
I. Überblick	1433
II. Einbringung durch Einzelrechtsnachfolge	1434
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1434
2. Rückwirkung	1435
a) Einbringung in Kapitalgesellschaft	1435
b) Einbringung in Personengesellschaft	1435
III. Die Einlage	1435
1. Begriff	1435
2. Einlage bei Personengesellschaften	1436
3. Einlagen bei Kapitalgesellschaften	1436
4. Tatbestandsmerkmale der Einlage	1437
5. Gegenstand der Einlage	1437
a) Allgemein	1437
b) Bareinlagen	1438
c) Sacheinlagen	1438
d) Einlagefähige Wirtschaftsgüter	1438
6. Herstellung der Gewinnneutralität	1439
a) Betriebsvermögensvergleich	1439
b) Einnahmenüberschussrechnung	1440
7. Bewertung der Einlagen	1440
a) Grundsatz: Bewertung mit dem Teilwert	1440
b) Anschaffung innerhalb der letzten drei Jahre	1440
c) Beteiligungen iSd § 17 EStG	1441
d) Wirtschaftsgut iSd § 20 II EStG	1441

e) Einlage nach früherer Entnahme	1441
f) Verstrickung	1442
IV. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen Gesellschaften und Gesellschaftern	1442
1. Rechtsentwicklung	1442
2. Systematik	1444
3. Anwendungsbereich	1444
4. Regelungsinhalt	1446
a) Überführungen nach § 6 V 1 und 2 EStG	1446
b) Übertragungen nach § 6 V 3–6 EStG	1447
V. Grenzüberschreitende Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern	1452
1. Historie	1452
a) Vor SEStEG	1452
b) SEStEG	1452
c) Jahressteuergesetz 2010	1452
2. Begriffe der Entstrickung und der Verstrickung	1453
3. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern durch Einzelunternehmer und Personengesellschaften ins Ausland (Entstrickung, § 4 I 3 EStG)	1454
a) Entnahmefiktion	1454
b) Entstrickungstatbestände	1455
c) Ausnahmetatbestand (Sitzverlegung SE bzw. SCE § 4 I 5 EStG) ..	1456
d) Wertansatz (gemeiner Wert § 6 I Nr. 4 Hs. 2 EStG)	1456
e) Sofortbesteuerung oder Stundung nach § 4g EStG	1457
4. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern durch Einzelunternehmer und Personengesellschaften ins Inland (Verstrickung § 4 I 3 Hs. 2, 8 Hs. 2 und 9 EStG)	1457
a) Verstrickungsfälle (zB Verbringen von WG; Methodenwechsel im DBA)	1457
b) Wertansatz	1458
5. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern durch Körperschaften ins Ausland (Entstrickung, § 12 KStG)	1458
a) Entstrickungs-Veräußerung (§ 12 KStG)	1458
b) Wertansatz	1459
6. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern durch Körperschaften ins Inland (Verstrickung, § 4 I 8 Hs. 2 EStG)	1460
7. Entstrickung von Anteilen im Privatvermögen (§ 17 EStG)	1460
a) Durch Sitzverlegung der Gesellschaft (§ 17 V EStG)	1460
b) Durch Wegzug des Gesellschafters (§ 6 AStG)	1461
8. Verstrickung von Anteilen im Privatvermögen iSd § 17 EStG	1465
a) Durch Zuzug der Gesellschaft	1465
b) Durch Zuzug des Gesellschafters (§ 17 II 3 EStG, § 6 AStG)	1465
c) Durch Rückkehr ins Inland, § 6 III AStG	1465
VI. Realteilung	1466
1. Historische Entwicklung	1466
a) Bis 1998	1466
b) 1999/2000	1466
c) Ab 2001	1466
2. Begriff der Realteilung	1467
3. Gegenstand/Voraussetzungen der Realteilung	1468
4. Sicherungsklauseln	1469
a) Sperrfrist	1469
b) Körperschaftsklausel I	1470
c) Körperschaftsklausel II	1471

5. Arten der Realteilung	1471
a) Gewinnneutrale Realteilung	1471
b) Gewinnrealisierende Realteilung	1475
VII. Liquidation	1475
1. Einführung	1475
2. Liquidation einer Kapitalgesellschaft	1476
a) Allgemein	1476
b) Steuerliche Behandlung auf Ebene der Kapitalgesellschaft	1476
c) Steuerliche Behandlung auf Ebene der Anteilseigner	1479
3. Auflösung von Personengesellschaften	1481
a) Allgemein	1481
b) Gewinnermittlung	1481
c) Besteuerung des Aufgabegewinns	1482
§ 40. Verschmelzungen von Fondsvermögen	1484
I. Anwendungsbereich des Aufsichtsrechts nach KAGB	1485
1. Eröffnung des Anwendungsbereichs	1485
2. Definitionen	1486
3. Territoriale Abgrenzung der Anwendbarkeit des KAGB	1488
II. Verschmelzung nach den Regelungen des Aufsichtsrechts	1488
1. KAGB als abschließendes Regelungswerk	1488
a) Entwicklung der Verschmelzungsvorschriften	1489
b) Definition der Verschmelzung nach KAGB	1490
c) Grenzüberschreitende Verschmelzungen	1490
d) Beschränkte Verschmelzungsmöglichkeiten nach KAGB	1490
2. Verschmelzung von offenen Publikumsinvestmentvermögen	1491
a) Genehmigung der BaFin	1492
b) Verschmelzungsplan	1494
c) Prüfung der Verschmelzung	1495
d) Verschmelzungsinformationen für die Anleger	1496
e) Anlegerschutz und Rechte der Anleger	1497
f) Kostentragung	1498
g) Wirksamwerden der Verschmelzung	1499
3. Verschmelzung bei Master-Feeder-Fonds	1499
4. Verschmelzung von offenen Spezialinvestmentvermögen	1501
5. Verschmelzungen außerhalb des Aufsichtsrechts	1503
a) Nichtregulierte Fonds	1503
b) Beteiligungsgesellschaften	1503
c) Kapitalverwaltungsgesellschaften	1505
III. Bilanzielle Folgen	1505
1. Bilanzielle Besonderheiten bei Investmentvermögen	1505
2. Bilanzielle Behandlung der Verschmelzung bei den beteiligten Investmentvermögen	1506
a) Übertragendes Investmentvermögen	1506
b) Übernehmendes Investmentvermögen	1506
3. Bewertung und bilanzielle Folgen bei den Anlegern	1506
IV. Steuerliche Auswirkungen	1507
1. Spezialnormen des Investmentsteuergesetzes	1507
a) Eröffnung des Anwendungsbereichs des Investmentsteuergesetzes .	1507
b) Subsidiäre Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes	1508
2. Verschmelzung von Investmentfonds	1509
a) Steuerliche Auswirkungen beim übertragenden Investmentfonds .	1510

b) Steuerliche Auswirkungen beim übernehmenden Investmentfonds	1510
c) Steuerliche Auswirkungen beim Anleger	1511
3. Verschmelzung von Spezial-Investmentfonds	1511
V. Grenzüberschreitende Sitzverlegung	1513
1. Rechtliche Voraussetzungen	1513
a) Sitz des Fonds	1513
b) Anwendbares Recht	1514
c) Rechtliche Behandlung der Sitzverlegung	1515
d) EU-Pass für OGAW und AIF	1516
2. Steuerliche Auswirkungen	1517
3. Andere Fallgruppen	1518
a) Sitzverlegung der Verwaltungsgesellschaft	1518
b) Sitzverlegung der Beteiligungsgesellschaft im Fondsportfolio	1519
Sachverzeichnis	1521

